



20. Dezember 2021



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist überhaupt nicht hinzunehmen, dass eine kleine Minderheit den Weg in die Freiheit für die große Mehrheit blockiert. Die Impfpflicht ist jetzt ein Gebot der Vernunft, denn Impfen spaltet nicht. Impfen ist der Weg zurück in die Normalität, Freiheit.

Viel zu lange hat dieser Landtag über die Bekämpfung der Pandemie diskutiert. Dabei sollten Parlamentsdebatten eigentlich Zukunftsdebatten sein. Erst recht eine Haushaltsdebatte, die ein Wettstreit über unsere unterschiedlichen Ideen für die Zukunft unseres Landes sein sollte. Doch diese Debatten konnten in der Form gar nicht stattfinden, da die Pandemie unsere Aufmerksamkeit in der Gegenwart gefesselt hat und weiterhin fesselt. Die Leidtragenden sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht regelmäßig ihre Lebenszufriedenheit. Im vergangenen Jahr ist diese um 0,5 Punkte gesunken. Klingt nach wenig. Ist tatsächlich aber ein Einbruch, den man so sonst nur aus Kriegs- und Krisengebieten kennt. Wir sind ihnen schuldig, jetzt ihre Zukunft in den Mittelpunkt zu stellen.

Doch der Haushalt dieser schwarz-gelben Landesregierung kann dazu wenig bis nichts beitragen. Deswegen haben wir ihn in der letzten Plenarsitzung in diesem Jahr abgelehnt. **Nordrhein-Westfalen braucht einen sozialen Neustart.** Und mit der Bildung müssen wir anfangen. Dazu haben wir auch im letzten Plenum des Jahres unsere Impulse gesetzt. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Wir wünschen Ihnen entspannte und fröhliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aufschwung durch Ausbildung: Fachkräfte jetzt für das Morgen gewinnen!

Lediglich ein Fünftel der Unternehmen bildet aus. Es mangelt an Ausbildungsplätzen – es mangelt aber gleichzeitig auch an passenden Bewerberinnen und Bewerbern, die überhaupt noch eine Ausbildung machen wollen.

Das Resultat: Es fehlen die Fachkräfte von morgen. Das muss geändert werden.

Wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie für mehr Ausbildungsplätze.

Wir haben deutlich gemacht: Wir brauchen eine erweiterte Berufsberatung sowie ein Programm „Gute Berufsschule 2030“ mit dem Ziel, moderne Lernorte zu schaffen.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

**Antrag SPD-Fraktion:
Aufschwung durch Ausbildung**

**Themenseite:
Fortschritt in Arbeit**

Bildungskatastrophe an berufsbildenden Schulen abwenden

Es fehlen Lehrkräfte – an nahezu allen Schulformen. Berufskollegs sind dabei in besonderer Weise betroffen: Der Einstellungsbedarf bei allen MINT-Fächern wird bis 2030 nur zu rund einem Drittel gedeckt werden können. Das Land NRW braucht dringend neue Wege, um qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen.

Es müssen Konzepte her: In ausgefeilter Kooperation mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gilt es, die Ausbildung von Lehrkräften für berufsbildende Schulen künftig sicherzustellen.



Foto: www.pixabay.com

**Antrag SPD-Fraktion:
Neue Wege für die Personalgewinnung gehen**

Landesregierung muss jetzt endlich handeln!

Wenn eine Straße neu gebaut wird und zuvor nicht erschlossene Grundstücke angebunden werden, gehen die Rechnungen an die Anlieger: Sie sind mit 90 Prozent an den Herstellungskosten beteiligt.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun entschieden, dass diese Kosten nicht mehr zeitlich unbegrenzt – zum Beispiel erst nach Jahrzehnten – in Rechnung gestellt werden dürfen.

Jetzt ist die Landesregierung dran. Wir haben sie aufgefordert zu reagieren und Anlieger per Gesetz vor zeitlich unbegrenzten Beitragsforderungen zu schützen.

**Antrag SPD-Fraktion:
Erstmalige Erschließungsbeiträge begrenzen**

Für ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz



Foto: Privat

Versammlungen verhindern – betrachtet man das neue Versammlungsgesetz der Landesregierung, könnte man den Eindruck gewinnen, das sei ihr alleiniges Ziel. Trotz einiger Überarbeitungen, bleibt es im Kern ein kritisches Gesetz. Ein Beispiel: Wenn Menschen sich nicht rechtzeitig von einer Versammlung entfernen oder etwas falsch anmelden, soll das ein Straftatbestand werden. In anderen Bundesländern gilt sowas nicht, dort wird es höchstens als Ordnungswidrigkeit geahndet. Alleine aus diesen Gründen sagen wir: Nein!

Wir haben einen eigenen Entwurf vorgelegt und wollen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherstellen - ohne unnötige Kriminalisierung von Menschen. NRW braucht ein modernes und freiheitliches Gesetz und keine neuen Straftatbestände im Versammlungsrecht! Mit ihrer Mehrheit im Parlament hat die Mitte-Rechts-Koalition ihr umstrittenes Gesetz jedoch verabschiedet und auf einen Konsens unter den demokratischen Fraktionen verzichtet.

**Antrag SPD-Fraktion:
Versammlungsfreiheitsgesetz
für das Land NRW**

Partizipation junger Menschen in NRW

2022 soll das Europäische Jahr der Jugend werden. Gut so! Insbesondere die junge Generation haben die Einschränkungen während der Corona-Pandemie hart getroffen.

Politische Bildung und Partizipation sind in dieser Zeit teilweise aus dem Blickfeld geraten. Während des letzten Plenums haben wir gefordert, junge Menschen wieder verstärkt einzubinden, um das Europäische Jahr der Jugend zu planen und zu gestalten, und zum vollen Erfolg werden zu lassen. Projekte zur Teilhabe dieser Generation müssen ausgebaut werden.

**Antrag SPD-Fraktion:
Europäisches Jahr der
Jugend 2022**



Foto:

Aus dem Wahlkreis

Themenwoche Familie und Bildung: Aktionstag mit Thomas Kutschaty in Gelsenkirchen

Im Rahmen des Aktionstages der SPD-Landtagsfraktion zum Leitantrag „Familie und Bildung“, besuchte Sebastian Watermeier gemeinsam mit Thomas Kutschaty (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW) sowie Frank Müller MdL (Mitglied im Ausschuss für Bildung im NRW-Landtag) das NRW-Zentrum für Talentförderung an der Bochumer Straße in Ückendorf sowie die Grundschule am Haverkamp in Bismarck.

Sichtlich beeindruckt waren die drei Abgeordneten vom außerordentlichen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Talentzentrums, das unter der rot-grünen Landesregierung ihre Heimat in Ückendorf erhalten hat. Mittlerweile gibt es in NRW etwa 70 Talentscouts, die kontinuierlich etwa 15.000 Schüler/-innen beraten. Die drei Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sind sich einig, dass sie die Idee der Talentscouts weiter vorantreiben wollen.

Am Familienzentrum an der Grundschule am Haverkamp wurden sie von der herzlichen Hingabe der Lehrkräfte positiv überrascht. Die wertvolle Arbeit aller Akteure (Grundschule / OGS / Familienzentrum) zeigt eindrucksvoll, wie elementar wichtig es für die Bildungschancen jedes Kindes ist – unabhängig von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Auch aus diesen Gründen fordert die SPD-Fraktion die Familienzentren nicht nur in Kitas zu implementieren, sondern es auch an den Grundschulen zu tun.

Die Eindrücke haben den Beteiligten gezeigt, dass die Stadt Gelsenkirchen sich nicht verstecken muss! Im Bereich der Bildung kann man sehr stolz auf die Leistungen der Bildungsträger sein. Nicht umsonst interessieren sich andere Bundesländer, beispielsweise für das Konzept der Familienzentren an Grundschulen. Viele Eltern in Gelsenkirchen wissen auch die Angebote der Stadt Gelsenkirchen sehr Wert zu schätzen. Trotz aller Erfolge müsse man weiter am Ball bleiben. Es bedarf eines Mehrs an Talentscouts, aber auch des weiteren Ausbaus von Familienzentren an Grundschulen. Dafür wird die SPD-Landtagsfraktion NRW täglich kämpfen – damit jedes Kind die Chance hat, die beste Bildung zu erhalten.



Foto: Büro Watermeier

Landesregierung reagiert auf öffentlichen Widerstand: Gründung der Pflegekammer um ein Jahr verschoben - Land muss erhebliche Mehrkosten tragen

Am 21.12. läuft die gesetzliche Frist zur Registrierung zur Teilnahme an der Wahl der Pflegekammer ab. Von den über 220.000 Pflegekräften in NRW haben sich bisher nur rund 60.000 für die Pflegekammer registriert. Viele haben der Registrierung ausdrücklich widersprochen.

Dazu Heike Gebhard: „Die Landesregierung bekommt nun offensichtlich doch kalte Füße und verschiebt die Konstituierung der Pflegekammer auf Ende 2022.“ Statt der bisherigen Anschubfinanzierung von 6 Millionen Euro sollen ihr bis 2027 fast 50 Millionen Euro bereitgestellt werden, damit bis dahin keine Zwangsbeiträge erhoben werden müssen. Am vergangenen Mittwochabend zwischen 20:00-21:00 Uhr versammelten sich parallel zur Beratung im Landtag ein Pflegebündnis vor dem Landtagsgebäude und folgte der Debatte im Plenum im Livestream. Unterstützt fühlten sie sich nur von den Abgeordneten der SPD-Fraktion. „Das zeigt: Pflegekräfte sind politisch hochinteressiert. Sie erheben ihre Stimme. Wir als SPD-Fraktion NRW wollen alle hören. Darum fordern wir seit Jahren eine Urabstimmung“, so Heike Gebhard abschließend.



Foto: Büro Gebhard

Umfrage zeigt: Breite Mehrheit der Bevölkerung in Gelsenkirchen möchte mehr Bildungsgerechtigkeit!

Viele Menschen in Gelsenkirchen und ganz NRW wollen bei Kita-Gebühren eine finanzielle Entlastung von Familien. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey. Eine Mehrheit befürwortet zudem, mehr für Schulen in herausfordernden Lagen zu tun. Heike Gebhard und Sebastian Watermeier fordern entsprechende Maßnahmen für bessere Bildungschancen und die Abschaffung von Kita-Gebühren.

51,2 Prozent der Menschen in Gelsenkirchen wünschen sich, dass Kita-Gebühren in ganz NRW abgeschafft werden. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey hervor, die die SPD-Fraktion im Landtag NRW in Auftrag gegeben hat. Nur 13,8 Prozent sprechen sich dafür aus, das jetzige System beizubehalten, bei dem jede Kommune selbst die Beiträge festlegt. 25,8 Prozent der Befragten wollen, dass das Land zumindest die Höhe der Gebühren begrenzt.

„Die Botschaft der Bürgerinnen und Bürger ist klar: Sie wollen ein Ende des ungerechten Flickenteppichs an Kita-Gebühren in Nordrhein-Westfalen“, sagt Heike Gebhard.

Kita-Beiträge variieren zwischen den Gemeinden in NRW deutlich. So zahlt eine Familie für einen U3-Platz je nach Ort unterschiedlich viel. Im reichen Monheim sind es null Euro, in Ruhrgebietsstädten gibt es diese finanziellen Spielräume nicht. „Dieses Gebührenkonstrukt ist nicht nur undurchsichtig, sondern vor allem ungerecht. Völlig unverschuldet ist die finanzielle Situation von Städten wie Gelsenkirchen angespannt. Dabei müssten gerade in diesen Städten die Kinder und Familien mehr gefördert werden“, so Heike Gebhard weiter. Die SPD-Fraktion im Landtag fordert daher, die Kita-Gebühren überall in NRW abzuschaffen.

Civey hat darüber hinaus gefragt: „Sollten Schulen mit besonderen sozialen Gegebenheiten (z. B. aufgrund des Stadtteils) in Nordrhein-Westfalen größere finanzielle Unterstützung erhalten?“ 70 Prozent der Befragten in Gelsenkirchen beantworten die Frage mit „Ja“. „Das ist, wie auch bei der Frage nach gebührenfreien Kitas, eine starke Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit“, so Sebastian Watermeier. „Die Landesregierung kümmert sich viel zu wenig um Chancengleichheit für alle Kinder im Land. Wir müssen das dringend ändern. Deshalb streiten wir für andere Mehrheiten bei der Landtagswahl im Mai 2022.“

